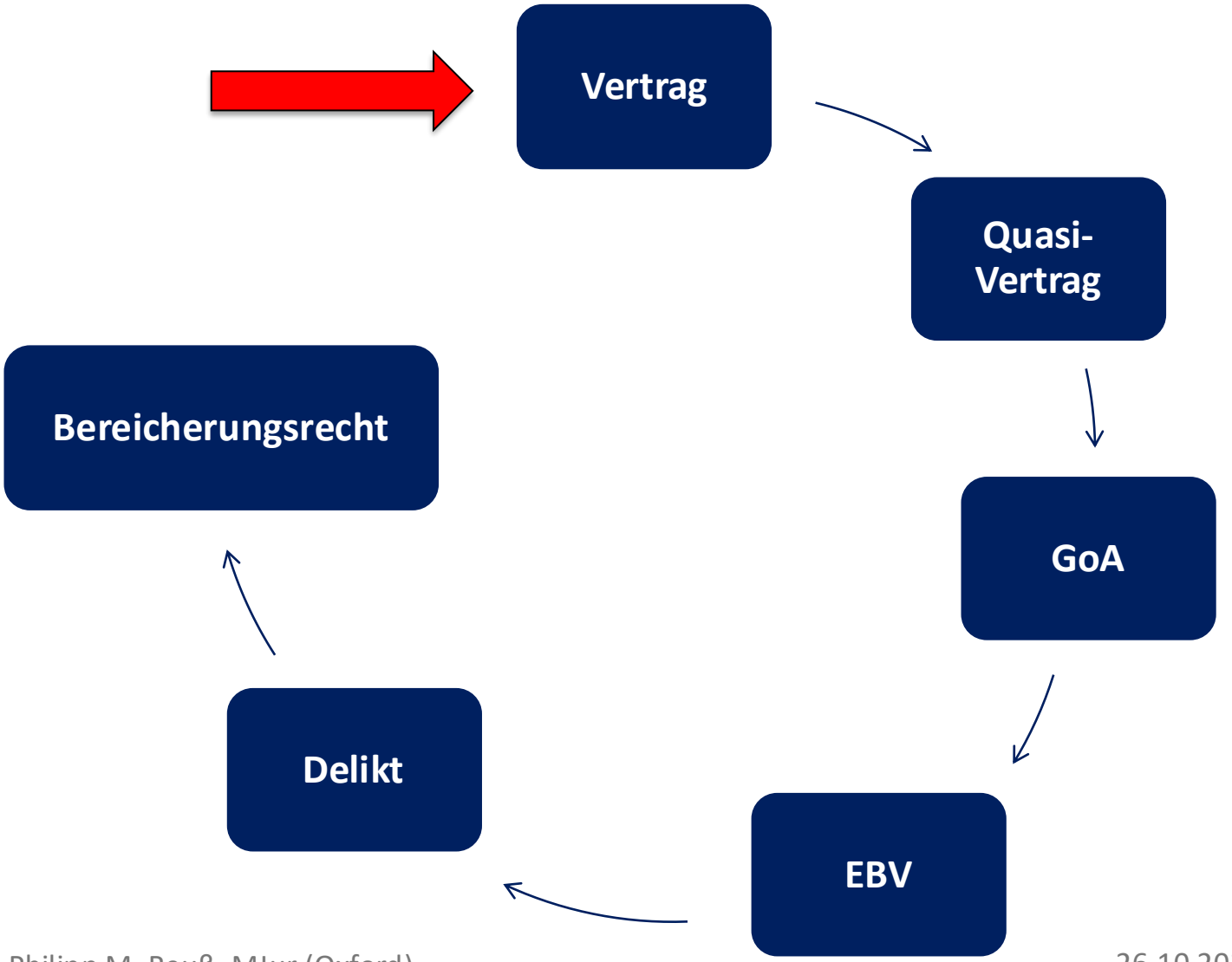
§ 32: Leistungsstörungsrecht VIII – Rücktritt und Verbraucherwiderruf
– Einheit 10 –
(Rücktritt)

Prüfungsaufbau in der Fallbearbeitung (1)

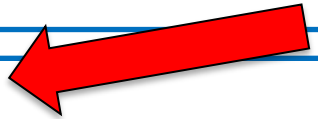


Prüfungsaufbau in der Fallbearbeitung (2)

Aufbau Anspruchsprüfung

I. Anspruch entstanden

(hier sind die anspruchsbegründenden Tatbestandsmerkmale zu prüfen, z.B. Vorliegen von Angebot und Annahme für einen wirksamen Kaufvertrag bei einem Anspruch aus § 433 II BGB; ebenso werden die **rechtshindernden Einwendungen** geprüft, das sind Einwendungen, die das Entstehen des Anspruchs hindern, z.B. § 134 BGB)



II. Anspruch erloschen

(hier sind Erlöschensgründe (=**rechtsvernichtenden Einwendungen**) zu prüfen, die den Anspruch zum Erlöschen bringen, z.B. Erfüllung, § 362 BGB, Anfechtung § 142 I BGB (str.)

III. Anspruch durchsetzbar

(hier sind **Einreden** zu prüfen, die die Durchsetzung des Anspruchs (dauerhaft oder vorübergehend) hindern, z.B. Zurückbehaltungsrecht nach § 320 BGB oder Verjährung, § 214 BGB)

Prüfungsaspekte des vertraglichen Erfüllungsanspruchs (1)

Aufbau Prüfung vertraglicher Erfüllungsanspruch

I. Anspruch entstanden

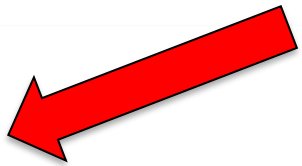
1. **Wirksamer Vertragsschluss**
   a) Einigung, §§ 145 ff. BGB
   b) Wirkung der Einigung gegenüber dem Vertretenen bei Stellvertretung, §§ 164ff. BGB
2. **Wirksamkeitshindernisse (= rechtshindernde Einwendungen)**
   a) Geschäftsunfähigkeit §§ 104ff.
   b) Bedingung und Befristung, §§ 158ff. 163 BGB
   c) Form, § 125 BGB
   d) Gesetzes- und Sittenverstoß, §§ 134, 138 BGB
   e) Fehlerfolgen (z.B. § 139 BGB Teilnichtigkeit bzw. § 306 BGB)

II. Anspruch erloschen (= rechtsvernichtende Einwendungen)

1. Erfüllung und Erfülungssurrogate, §§ 362 ff. BGB
2. Unmöglichkeit der Leistung, § 275 I BGB
3. Ausschlussfristen, § 462 BGB (Wiederkaufsrecht)
4. Aufrechnung, §§ 387 ff. BGB
5. Erlass, § 397 BGB

Prüfungsaspekte des vertraglichen Erfüllungsanspruchs (2)

6. Konfusion
7. Anfechtung, §§ 142 I, 119 ff. BGB (str.)
8. Rücktritt, §§ 346 ff. BGB
9. Kündigung, § 314 BGB
10. Verbraucherwiderruf, §§ 355 ff. BGB
11. Hinterlegung, §§ 372 ff. BGB



I. Anspruch durchsetzbar (= Einreden bzw. rechtshemmende Einwendungen

1. Verjährung, § 214 BGB
2. Zurückbehaltungsrecht, § 273 BGB bzw. § 369f. HGB
3. Einrede des nichterfüllten Vertrags, § 320 I BGB
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht, § 321 I BGB
5. Unmöglichkeit nach § 275 II (wirtschaftliche Unmöglichkeit), III (Unzumutbarkeit) BGB
6. Treu und Glauben, § 242 BGB (z.B. Arglisteinrede bzw. Rechtsmissbrauchseinrede)

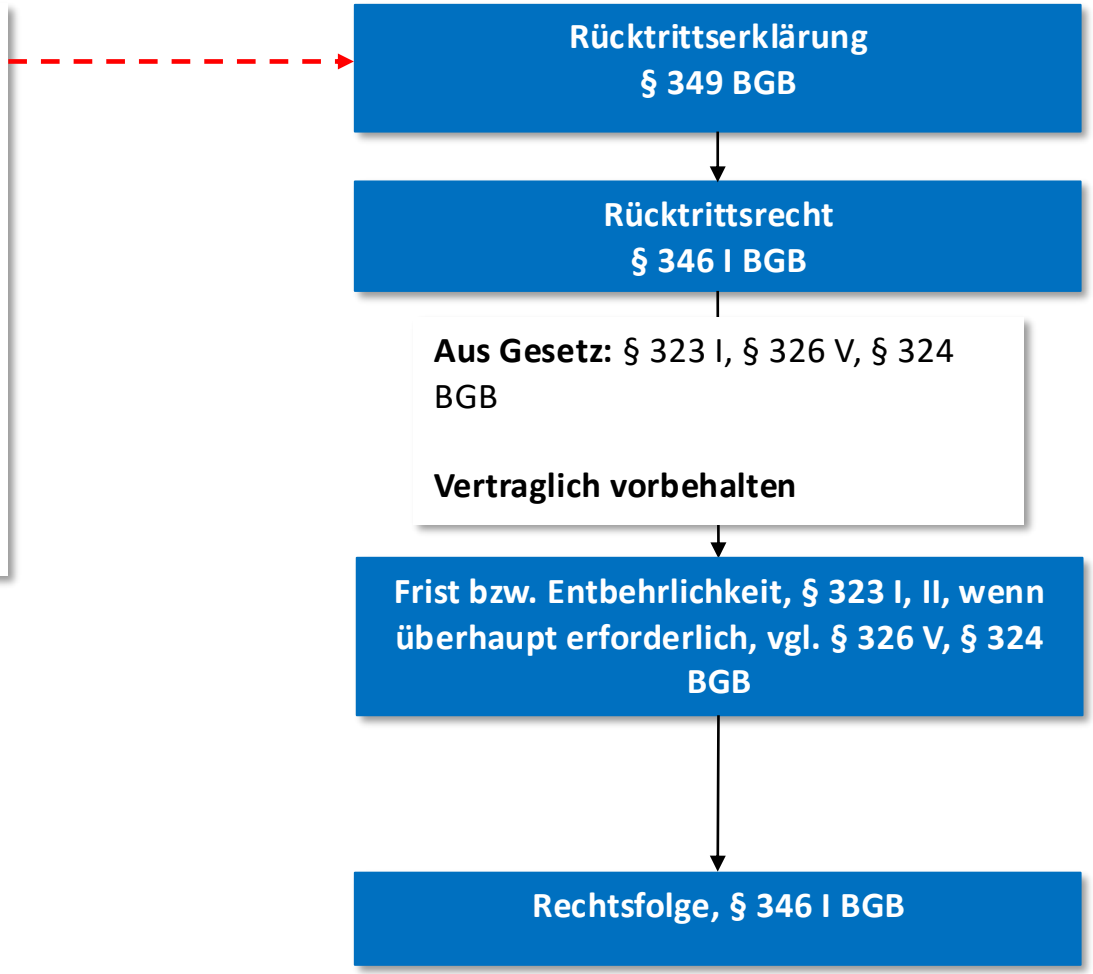
Funktionsweise des Rücktritts

- Funktionsweise
  - Wandelung des Schuldverhältnisses in ein Rückabwicklungsschuldverhältnis, § 346 I BGB
  - Leistungspflichten erlöschen (vom BGB vorausgesetzt)
  - Rückgewähransprüche bzgl. bereits ausgetauschter Leistungen entstehen, § 346 I BGB
    - Ggf. Wertersatzpflicht, § 346 II, die gem. III ausgeschlossen sein kann
    - Beachte auch § 346 IV BGB bei Verletzung der Rückgewährpflicht.
- Rücktrittsgründe (= Rücktrittsrecht), § 346 I BGB
  - Vertragliche Vereinbarung
    - Beachte Beschränkung in AGB, § 308 Nr. 3 BGB
  - Gesetzliches Rücktrittsrecht, z.B.
    - § 323 I BGB (Pflichtverletzung bzgl. Leistungspflicht)
    - § 324 BGB (Verletzung nichtleistungsbezogener Nebenpflicht)
    - § 326 V BGB (Unmöglichkeit)
    - § 313 III BGB (Störung der Geschäftsgrundlage)

Prüfungsschema Rücktritt vom Vertrag wg. Pflichtverletzung

Prüfung:

1. **beim Erlöschen** des Anspruchs im Rahmen der Anspruchsprüfung, wenn ein vertraglicher Anspruch geprüft wird
2. **beim Entstehen** des Anspruchs, wenn ein Rückgewähranspruch nach § 346 I bzw. ein Anspruch aus § 347 BGB geprüft wird



Voraussetzungen des Rücktrittsrechts bei § 323 I BGB (1)

- Fällige und durchsetzbare Leistungspflicht
  - Ausnahme: § 323 IV BGB (vorfälliger Rücktritt, „anticipatory breach of contract“, antizipierte Vertragsaufsage)
    - keine Entsprechung bei § 281 BGB!(str.)
- Nicht-/Schlechterfüllung dieser Pflicht
- Fristsetzung und erfolgloser Ablauf der Frist
  - Bei Unterlassungspflichten ersetzt durch Abmahnung, § 323 III BGB
  - Entbehrlichkeit gem. § 323 II BGB

BGH NJW 2011, 3435
Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind an das **Vorliegen einer ernsthaften und endgültigen Verweigerung** im Sinne des § 323 Abs. 2 Nr. 1 BGB **strenge Anforderungen** zu stellen. Eine Erfüllungsverweigerung **liegt nur vor, wenn** der Schuldner **unmissverständlich** und **eindeutig** zum Ausdruck bringt, er werde seinen **Vertragspflichten unter keinen Umständen nachkommen**. Dafür reicht das bloße Bestreiten des Mangels oder des Klageanspruchs nicht aus. Vielmehr müssen weitere Umstände hinzutreten, welche die Annahme rechtfertigen, dass der Schuldner seinen Vertragspflichten unter keinen Umständen nachkommen will **und es damit ausgeschlossen erscheint, dass er sich von einer Fristsetzung hätte umstimmen lassen.**

Voraussetzungen des Rücktrittsrechts bei § 323 I BGB (2)

- Relatives Fixgeschäft (Nr. 2)
- „Besondere Umstände“ (Nr. 3)

- Keine Ausschlussgründe für den Rücktritt
  - § 323 VI BGB
    - **Alleinige oder weit überwiegende Verantwortlichkeit des Gläubigers** (entspr. § 326 II 1 Alt .1 BGB bei Unmöglichkeit)
    - **Annahmeverzug** des Gl. und Nichtvertretenmüssen des Schuldners (entspr. § 326 II 1 Alt. 2 BGB bei Unmöglichkeit)
  - § 323 V BGB
    - Einschränkungen bei **Teilleistungen,** Rücktritt vom **gesamten** Vertrag nur bei **Interessenfortfall**
      → Liegen Rücktrittsvoraussetzungen (nur) bzgl. der ausgebliebenen und nicht angebotenen Teilleistung vor, kann nach § 323 I BGB (nur) insoweit zurückgetreten werden (**Grundsatz des Teilrücktritts**)
      → **Gesamtrücktritt** nur, wenn das Interesse an der erbrachten oder angebotenen Leistung muss wegen des Wegfalls der Teilleistung, bzgl. derer der Rücktritt erfolgen kann, weggefallen sein. („Gl. kann mit Teilleistung nichts anfangen“)
    - Einschränkungen bei **Schlechtleistungen** bei unerheblichen Pflichtverletzungen

      → BGHZ 276, 29 (- bei **arglistiger Täuschung über Mangel**)
      → BGH NJW 2013, 1365 (- bei **Abweich. v. vereinbarter Beschaffenheit**, § 434 I 1 BGB)
      → BGHZ 201, 290 (- wenn **Mangelbeseitigungskosten 5% des Kaufpreises**)

Ausübung des Rücktrittsrechts und Rücktrittsfolgen (1)

- Geregelt in §§ 346 ff. BGB
- Ausübung durch Erklärung, § 349 BGB
  - Gestaltungsrecht (d.h. insb. bedingungs- und befristungsfeindlich)
  - Empfangsbedürftige Willenserklärung (→ allgemeine Vss. Des WE-Rechts sind zu beachten)
- Rechtsfolgen
  - Befreiung von den primären Leistungspflichten (nicht kodifiziert)
  - Umwandlung des ursprünglichen Schuldverhältnisses in ein Rückgewährschuld-verhältnis, § 346 IV BGB
  - Rückgewähr der erbrachten Leistungen inkl. Nutzungen, § 346 I BGB
    - Anspruchsgrundlage!
    - Anspruch unterliegt der Regelverjährung, § 194 ff. BGB
    - Wenn unmöglich → Wertersatz, § 346 II, III BGB bzw. § 347 I BGB
  - Verwendungsersatz, § 347 II BGB (Verwendungen = Aufwendungen auf eine bestimmte Sache)

Ausübung des Rücktrittsrechts und Rücktrittsfolgen (2)

BGH NJW 2009, 1068 - „Pferd gegen Fahrstunden“

„Nach der Gesetzesbegründung **erscheint es interessengerecht, die Parteien an den vertraglichen Bewertungen von Leistung und Gegenleistung festzuhalten**; die **objektiven Wertverhältnisse sollen dagegen nur ausnahmsweise dann maßgebend sein, wenn eine Bestimmung der Gegenleistung – eine privatautonom ausgehandelte Entgeltabrede – fehlt**. Es entspricht somit der gesetzgeberischen Intention, dass der Käufer als Rückgewährschuldner beim Wertersatz begünstigt wird, wenn der Kaufpreis hinter dem objektiven Wert der Sache zurückbleibt. Der Verkäufer, der eine Sache unter Wert verkauft, wird dadurch aus der Sicht der gesetzlichen Regelung nicht benachteiligt, weil er mit Abschluss des Kaufvertrages gezeigt hat, dass die Sache für ihn keinen höheren Wert hat als den vereinbarten Kaufpreis; er kann daher im Fall der Unmöglichkeit der Rückgewähr auch keinen höheren Wertersatz beanspruchen.“

Zusammenfassung

- Grundlagen
- Prüfungsschema
- Rücktrittsfolgenrecht